

Medienmitteilung

29. Januar 2019

Verbände fordern umfassendes Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten

Ein Bündnis von 13 Verbänden und Organisationen fordert ein umfassendes Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten. In einem gemeinsamen Appell an die Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD sprechen sich die Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Kinderrechtsorganisationen dafür aus, über die bereits bestehenden Tabakwerbeverbote hinaus ein Tabakaußenwerbeverbot, ein Werbeverbot im Kino sowie ein Promotion- und Sponsoringverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten gesetzlich abzusichern. Neben dem Deutschen Kinderhilfswerk, der Deutschen Krebshilfe, dem Deutschen Krebsforschungszentrum, dem IFT Nord und der Deutschen Allianz Nichtübertragbarer Krankheiten haben u.a. das Netzwerk rauchfrei plus, die Fachstelle für Suchtprävention Berlin, der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit, die Verbraucherorganisation SumOfUs und das Projekt Unfairtobacco den Appell unterzeichnet.

Kerstin Jüngling, Geschäftsführerin der Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH, betont: *„Den Grundsatz, Menschen zu schützen und sie dazu zu befähigen ein gutes, gelingendes Leben zu führen, hat die Gesundheitspolitik verstärkt in den Mittelpunkt gerückt. Dies sollte auch im Zentrum der Debatte zur Tabakaußenwerbung stehen. Eine gestärkte Suchtprävention, die Maßnahmen der Verhaltens- und Verhältnisprävention verknüpft, trägt wirkungsvoll zur Reduktion des Tabakkonsums sowie zum Nichtraucherschutz bei. In diesem Kontext befürworten wir ein klares „Nein“ zur Tabakwerbung und ein umfassendes Werbeverbot für alle Tabakprodukte, incl. elektronischer Zigaretten und Verdampfer.“*

Tabakwerbung und die Werbung für E-Zigaretten ist insbesondere für Jugendliche und auch Kinder attraktiv und macht ein umfassendes Verbot unumgänglich. Studien zeigen, dass insbesondere junge Menschen auf Tabakaußenwerbung reagieren – 75 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nehmen diese wahr. Besonders ins Auge fallen dabei Plakatwände. Neben dem Freundeskreis ist Zigarettenwerbung der häufigste Grund für junge Menschen, mit dem Rauchen anzufangen. Stärker als bei anderen Produkten haben Studien eine klare Verbindung zwischen der Wahrnehmung von Zigarettenwerbung und dem Rauchverhalten festgestellt. Dabei zeigen Tabakwerbeverbote Wirkung: In Ländern mit umfassenden Verbotsregelungen ist ein deutlich größerer Rückgang des Tabakkonsums zu verzeichnen. Allerdings funktioniert das vor allem dann, wenn Werbeverbote umfassend sind.

Zur Unterstützung des Appells überreicht die Organisation SumOfUs heute mehr als 50.000 Unterschriften für ein Werbeverbot für Tabakprodukte an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler.

Der Appell mit allen Unterzeichnenden findet sich unter www.berlin-suchtpraevention.de.

Pressekontakt:

Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH

Christina Schadt | Referentin

Telefon: 030 – 29 35 26 15 | Mail: schadt@berlin-suchtpraevention.de